Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Nummer 5240 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. V.: Albert Herling in Halle.
[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Vierundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.]

Nr. 245. **Halle a. d. Saale, Sonntag den 19. Oktober** **1890.**

Die „Mäßigung" der Sozialdemokratie.

Das muß man den sozialistischen Führern lassen: in der Auswahl der Delegirten zum Parteitage sind sie vorsichtig und klug gewesen bis zum Aeußersten. Man weiß ja, wie solche Wahlen bei den Sozialdemokraten zustande kommen. Ein ausgezeichneter Filtrirapparat der viel verschlungenen und für die Führer doch sehr gelenkigen und in jedem Augenblick unbedingt brauchbaren Organisation der Partei hat die Delegirten zum Kongreß gleichsam wie eine Fabrikwaare, die der Unternehmer genau so und nicht anders haben wollte, an's Tageslicht befördert. Es ist so gut wie niemand gewählt worden, der den Bebel und Liebknecht nicht willkommen war, und wo denn doch einige Wildlinge in die zahme Schaar der unbedingten Anhänger der Fraktionshäupter geriethen, wie in Berlin, ist diese Opposition vorweg zur Ohnmacht verurtheilt gewesen. Es sieht fast so aus, als ob Herr Bebel sich einen so unbedeutenden Menschen, wie es der berliner Buchdrucker Werner offenbar ist, als Folie ausgesucht habe. Jedenfalls kommt ihm die unreife und halb komische Gegnerschaft von dieser Seite her sehr gelegen. Wenn man den Herren Delegirten aus den Provinzen solche Oppositionsexemplare wie Herrn Werner vorführen kann, dann muß man ja gewonnenes Spiel haben, und die Hinrichtung der Minderheit kann ruhig den Stachelrithern der Bosheit und dem Gefühl einer ebenso bequemen wie wohlthuenden Ueberlegenheit überlassen bleiben.

Wir haben nie zu denen gehört, die den „Jungen" im Streit mit den „Alten" in der Sozialdemokratie irgend welchen Erfolg vorhergesagt hätten. Als wir in der Hochfluth jenes sonderbaren Kampfes, der in diesem Sommer namentlich in Berlin tobte, die Aussichtslosigkeit der Opposition gegen Bebel und Liebknecht feststellten, hat es uns in einer Reihe von Blättern an Gegnerschaft nicht gefehlt. Wir haben das ruhig ertragen können, weil wir durch unsere berliner Berichte und durch unsere eigene objektive Prüfung der Verhältnisse hinlänglich darüber unterrichtet waren, daß die Fraktion das Heft noch fest genug in der Hand habe und behalten werde. In Wahrheit ist es denn auch so gekommen, und der Hallesche Parteitag bietet das Schauspiel einer ungewöhnlichen Einhelligkeit der Partei. Daß man die Opposition der „Jungen" nicht unterschätzen darf, ist ja trotzdem für jeden Urtheilsfähigen klar. Diese „Jungen" sind nur noch nicht organisirt genug, sie sind vereinzelte Pfeile, die der Gegner mit Leichtigkeit zerbrechen kann. Aber möglich ist es schon, daß sie sich eines Tages zu einem gefährlichen Bündel zusammenschließen und wir, die wir die Sozialdemokratie, ob sie nun gemäßigt oder radikal auftritt, entschieden bekämpfen, sollten uns jedenfalls nicht verhehlen, daß es sehr spitze und giftige Pfeile sind, die da verschossen worden sind. Vor allem aber muß man daran festhalten, daß die „Jungen" den Kampf gegen die Fraktion nicht begonnen haben, um die Führer von dem Boden des jetzigen Parteiprogramms wegzudrängen, sondern nur, um sie zu einer Aenderung der angeblich zu lauen Methode zu zwingen. Gerade weil es sich am letzten Ende nicht um einen Prinzipienkampf handelte, hat die Partei sich den Luxus gestatten dürfen, mit ihren gegenseitigen Reibereien auf den offenen Markt zu treten. Die bürgerlichen Parteien sollten es denn auch unterlassen, sich gar zu viel um die Einzelheiten der inneren Kämpfe der Sozialdemokratie zu kümmern. Es kommt dabei nicht viel heraus, was die Nichtsozialisten interessiren könnte, und das, was uns vor allem angeht, nämlich Kern und Wesen der Parteiforderungen, bleibt im Grunde dasselbe, ob die Methode nun ein bischen weniger radikal ist oder nicht.

Wir setzen den Werth der Verhandlungen des Parteikongresses in die Konstatirung der Thatsache, daß die scheinbar so gemäßigten Anschauungen, wie sie Liebknecht in programmatischer Weise vertreten hat, die bekannten extremen Forderungen der Sozialdemokratie mit größter Rücksichtslosigkeit wiederholen und über diese Forderungen in wichtigen Punkten sogar noch hinausgehen. Es ist ein wahres Meisterstück, das den sozialistischen Führern in Halle gelungen ist. Sie stellen sich ungeheuer bescheiden an, sie sprechen immerfort von der Nothwendigkeit, sich den Verhältnissen anzupassen, sie mahnen zur Vorsicht und zur Ruhe, beinahe sogar zur Sanftmuth, und am letzten Ende stürzen sie immer Himmel und Erde um und verlangen dann noch, daß man an ihre Mäßigung glaube. Forderungen wie Produktivgenossenschaften, auf denen ehemals die deutsche Sozialdemokratie beruhte, werden von Liebknecht kurzweg als „lächerlich" bezeichnet, und in der ganzen großen Versammlung giebt es auch nicht die Spur eines Widerspruchs. Während in Frankreich die Possibilisten, die die Lassalle'schen Forderungen angenommen haben, den Marxisten noch die Waage halten und vielleicht sogar stärker als diese sind, ist also die deutsche Sozialdemokratie für die letzten Ziele der sozialistischen Doktrinen, der Geheimlehre gleichsam, reif geworden, und es wird hier gar nicht mehr über Dinge gesprochen, die in anderen Ländern noch Gegenstand des Streites innerhalb der Partei sind. Die Jungen und die Alten machen dabei nicht den geringsten Unterschied: revolutionär und international, unversöhnlich gegenüber der modernen Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung und bis zum Rande mit Haß und Galle angefüllt ist der rechte Flügel gerade so gut wie der linke; die Mäßigung aber, die in Halle zur Schau getragen wird, ist darauf berechnet, die gewaltigen Massen der lauen und halben Sozialdemokraten bei der Fahne zu halten. Vielmehr jene Hunderttausende von Wählern, die am 20. Februar für sozialdemokratische Kandidaten gestimmt haben und in Wahrheit von der Sozialdemokratie nicht das Geringste wissen, sollen nicht etwa davor bewahrt werden, wieder andern Parteien zu verfallen, sondern sie sollen überhaupt erst gewonnen werden. Darum die verblüffende Bescheidenheit in den Reden der Bebel und Liebknecht. Von dem Kampfe gegen die Religion will Liebknecht nichts wissen, und wir sind hiernach nicht sicher, ob nicht demnächst irgendein kühner sozialdemokratischer Jünger kommt und den Massen gar einredet, die Sozialdemokratie schütze die Religion, weil sie ja doch jedem die vollste Gewissensfreiheit verbürgen wolle. Liebknecht will auch den republikanischen Charakter der Partei nicht gar zu sehr betont wissen. Er meinte, man könne das nicht recht sagen, ob die Sozialdemokratie die Republik anzustreben habe, und jedenfalls gebe es Bourgeois-Republiken, in denen es den Arbeitern mindestens eben so schlecht gehe wie in den Monarchien. Wir bekennen, daß wir eine nicht geringe Meinung von dem schnellen und gelenkigen Verständniß haben, mit dem die Versammlung solche offenbaren Verschleierungen der wahren Parteimeinung ruhig hinnahm und sogar mit Beifall belohnte. Jeder dieser Männer weiß ganz genau, daß Liebknecht es nicht so meint und daß kein richtiger Sozialdemokrat so denken kann und darf. Aber man will nun einmal, daß das krasse Roth der Parteifarbe für den Augenblick ein wenig verblasse, und darum wird in Mäßigung gemacht, wie zu gelegener Zeit einmal wieder in Leidenschaft und tollem Pathos geschwelgt werden wird. Die Klaviatur der sozialdemokratischen Agitation ist ausgezeichnet im Stande und wer sie zu spielen versteht, der kann mit ihr wahre Virtuosenkunststücke machen.

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 17. Okt. Der Kaiser unternahm heute vormittag einen Spazierritt in die Umgegend von Potsdam. Am Nachmittag empfing Se. Maj. in feierlicher Audienz den bisherigen Botschafter Spaniens am hiesigen Hofe, Grafen Rascon, um dessen Abberufungsschreiben entgegen zu nehmen. Gleich darauf hatte der Botschafter Rascon auch die Ehre, von der Kaiserin empfangen zu werden. Zur Frühstückstafel hatten die Kaiserlichen Majestäten außer dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich den Fürsten Ferdinand Radziwill, den deutschen Botschafter in Petersburg, General v. Schweinitz, und dessen Gemahlin, ferner die diesseitigen Gesandten in Washington und Rio, Graf Arco Valley und Dr. Krauel, und den Präsidenten Springe geladen. — Die Kaiserin begab sich heute vormittag zu Wagen nach Bahnhof Potsdam, um daselbst um 10 Uhr den Großherzog und die Großherzogin von Baden bei deren Durchreise nach Berlin zu begrüßen. Der Großherzog und die Großherzogin nahmen nach ihrer Ankunft hier, wie immer während ihres Aufenthalts in Berlin, im Niederländischen Palais Wohnung. — Der Großherzog von Hessen trifft morgen früh in Potsdam ein und nimmt im dortigen Stadtschlosse Wohnung. — Prinz Friedrich Leopold kam heute vormittag von Potsdam nach Berlin und wohnte der Eröffnung der Geflügel- und Taubenausstellung bei. — Gestern abend traf Prinz Adolf von Schaumburg-Lippe hier ein und nahm im Palais der Kaiserin Friedrich Wohnung. — Die Prinzessin Albrecht trifft heute abend von Schloß Camenz in Schlesien in Berlin ein; Prinz Albrecht wird erst morgen früh 6 Uhr hier erwartet.

Während von einer Seite mit Bestimmtheit versichert wird, der Landtag solle schon in nächster Zeit berufen werden, und man bereits die zweite Novemberwoche als Termin des Zusammentritts bezeichnet, wird von anderer Seite die frühe Berufung immer noch in Zweifel gezogen. Es scheint demnach an einer endgiltigen Entschließung noch zu fehlen, wenn diese nicht, was nicht unwahrscheinlich ist, in dem jüngsten Kronrath gefaßt worden ist.

?? **Berlin,** 17. Okt. Gleich nach der Ernennung des neuen Kriegsministers war ich in der Lage, Ihnen an dieser Stelle recht unangenehme Ueberraschungen aus seinem Ressort bestimmt in Aussicht stellen zu können. Mein auf authentische Informationen gestützter Hinweis auf neue, erhebliche Mehrforderungen hinsichtlich der Einführung des rauchlosen Pulvers begegnete damals gewissen Zweifeln, und ein hiesiges konservatives Blatt reagirte dagegen mit einer vorlauten Ablegnung. Nunmehr hat sich jedoch herausgestellt, daß Herr v. Kaltenbach-Stachau eine Mehrforderung von 20 Mill. M. vorbereitet, und zwar infolge größerer Kostspieligkeit des neuen Pulvers. Wenn diese vom Berl. Tgbl. genannte Summe vielleicht auch nicht ganz zutrifft, so erfährt meine darauf bezügliche erste Meldung dadurch doch eine sachliche Bestätigung.

Der „Reichsanzeiger" theilt mit, daß die Verständigung mit dem Sultan von Sansibar über Abtretung seiner Hoheitsrechte über den der Ostafrikanischen Ge-

Spruchweisheit in Freude und Leid.

Ein gütiges Herz ist des Leibes Leben; der Neid aber ist Eiter in den Gebeinen.

Es gab eine Zeit, wo die Heilkunde sich nahezu für eine Geheimwissenschaft ausgab oder dafür gehalten wurde. Die Aerzte standen in dem Rufe, wunderbare Kenntnisse von allerlei Naturkräften, Kräutern, Metallen und Steinen zu besitzen, und sie ließen sich im allgemeinen den Aberglauben des Volkes an ihre Zauberei gern gefallen. Mit lateinischen Rezepten, die nur der Apotheker lesen konnte, gingen sie verschwenderisch um, und auf den Krankentischen in unserer Jugendzeit stand und lag eine Unzahl von Büchsen, Schachteln, Düten, Gläsern, Flaschen und Fläschchen, welche die merkwürdigsten Tränke, Pillen, Pulver und Salben enthielten. Etliche derselben mögen recht harmlos und von Zucker und Zuckerwasser kaum zu unterscheiden gewesen sein; andere waren scharfe Stoffe, gefährliche Mittel, selbst schwere Gifte. Heutzutage spricht die Medizin zum guten Theile deutsch, ist in der Verwendung von Arzeneien bedeutend sparsamer geworden und beschränkt sich darauf, den natürlichen Heilungsverlauf ihrerseits zu unterstützen. Dadurch ist sogar manches einfache, ehrliche Hausmittel, das lange verächtlich zur Seite geschoben war, wieder zu Ehren gekommen.

Unsere Zeit ist krank: darauf deuten die fieberhaften Erregungen, die krampfhaften Zuckungen, die Noth- und Uebelstände der Gesellschaft. Berufene und Unberufene gehen diesen Schäden mit allerlei Verordnungen, Maßregeln, Rathschlägen zuleibe, deren etliche nach der alten Schule der Arzneiwissenschaft riechen und schmecken. Manche wünschen einen kräftigen Aderlaß durch Krieg und Revolution; andere empfehlen Umschläge von Weihwasser, noch andere wollen dem geschwächten Volkskörper durch Austern und Champagner aufhelfen. Hier schreit man nach der Polizei, dort nach den Jesuiten. Dabei übersieht man nicht selten, daß auch die Gebrechen einer kranken Zeit ihren natürlichen, will sagen geschichtlichen Heilungsprozeß fordern, und unterschätzt die Kraft guter, bewährter Hausmittel, die mit Staatsgesetzen, Parteipolitik, sozialistischen Programmen nichts gemein haben.

Unser Spruch nennt eins derselben: ein gütiges Herz. Wohl dem, der den Sonnenschein der Herzensgüte auf dem Antlitz der Eltern, Lehrer und Freunde glänzen sah! Mancher ist wohl nur darum schlecht geworden, weil ihn kein gütiges Herz erzogen, berathen, getröstet, gewarnt hat. Nicht bloß die Tapferen, die Siegreichen, die Beredten, die Geistreichen sind unsterblich — auch den Gütigen reicht die Geschichte die Palme der Verehrung. Mit den Männern wetteifern in diesem Stück die Frauen, und es ist kein Ende des Segens, den sie dem Volke spenden, dessen Hunger sie stillen, dessen Blöße sie bedecken, dessen grellende Aufwallung sie beschwichtigen. Ein gütiges Herz ist das Regierungsgeheimniß manches Fürsten gewesen, der lieber Wunden heilte als schlug. Hätten alle Besitzenden, alle Brotherren, alle Arbeitgeber, alle Vorgesetzten ein gütiges Herz gegen ihre Untergebenen, so wäre das Gespenst der sozialen Frage um nicht wenige seiner Schrecken betrogen.

Ei, da muß man den Stimmführern und Gewalthabern der Gegenwart ein gütiges Herz verschreiben! Es versteht nur kein Apotheker dieses Rezept zu bereiten. Das ist auch solch ein Manna, das frei vom blauen Himmel regnet, eine Gottesgabe, ein Wiegengeschenk, ein Ausstattungsstück der Mutter Natur. Wie sie dem einen schwarze und dem andern blonde Haare auf die Kopfhaut setzte, so gab sie dem einen ein härteres, dem andern ein weicheres Herz. Gütig zu sein ist dem einen Bedürfniß und tägliche Gewohnheit, dem andern sauere Pflicht und seltenes Verdienst. Es giebt auch solche, die in der Herzensgüte ein Haar gefunden und unter die erste That warmer, uneigennütziger Menschenliebe, die ihnen mit Undank gelohnt ward, mit dicker Schrift den Vorsatz geschrieben haben: einmal und nicht wieder. Sie sollten sich den Jehovah zum Beispiel nehmen, welchem seine Dichter nachrühmen: seine Güte währet ewiglich! Läßt er seine Sonne aufgehen über Böse und Gute, seinen Regen fallen auf Ungerechte und Gerechte, so werden wir Stümper des Guten nicht zu viel thun, indem wir unsern Verdruß und unsere Erbitterung immer wieder zur Güte umzustimmen versuchen. Herzensgüte ist des Leibes Leben, und wie ein mildes Antlitz schöner ist als ein strenges und zorniges, so wohnt in einem Herzen voll Güte mehr inneres Glück und Zufriedenheit als in einem solchen voll Selbstsucht und Neid.

Auf den Neid ist unser Spruch gar übel zu reden. Verdient er dieses vernichtende Urtheil? Man kann den Neid in seiner verhältnißmäßig harmloseren Gestalt kennen lernen in den Kinderstuben und auf den Spielplätzen, wo er von den rotheren Backen eines Apfels oder der geringeren Fehlerzahl eines Diktats den Anlaß zu Wortstreit und Rauferei nimmt. Aber man kann ihn auch beobachten in Geschäften, Aemtern, Schauspielen, Gesellschaften, wo er unredliche Konkurrenz, Ehrenkränkung, Eifersucht, Vergehen gegen Eigenthum und Leben erzeugt. Wären die Fürsten und Völker ohne Neid gegen einander, so würden sie es wohl bleiben lassen, sich die Szepter aus den Händen zu schlagen und die Saaten der Felder zu zertreten, vielmehr keinen andern Ehrgeiz kennen, als den des friedlichen Wetteifers in Handwerken und Künsten. Täuschen wir uns doch nicht: es ist zum großen Theile der Neid, der die soziale Frage zum Ungeheuer der Zeit aufpäppelt, der Neid wegen des freieren, genußreicheren, behaglicheren Lebens, das die einen den anderen mißgönnen. Keine schlimmere Krankheit des Leibes als eiterige Zersetzung der inneren Organe; kein schrecklicheres Uebel der Volksseele als das fressende, ansteckende, unaufhaltsame Gift des Klassenhasses, der dem Neide der Enterbten gegen die Erben des Volksgutes entspringt.

Ein vortreffliches Rezept für diese Art von Leidenden taugt beneide niemanden in der Welt! Nicht den König auf dem Thron, denn er trägt schwer an seiner Krone, und das Recht, über Tausende zu herrschen, erkauft er theuer um die Pflicht, für diese Tausende zu sorgen. Nicht die Reichen um ihr Geld, denn an ihren vollen Kisten und Schränken wachen Sorge und Furcht. Nicht die Vornehmen um ihre Höhe, denn zu ihren Füßen klaffen ungeheure Abgründe jähen Falles. Neidlos zu werden ist eine sittliche Aufgabe ersten Ranges, zu deren Einschärfung wir dem Dichter das Wort geben:

„Wehe dem grämlichen Neide! Wie starret von stechenden Dornen,
Welche zur Qual er sich pflanzt, um ihn ein wuchernder Wald!
Aengstlich zählt er die Blümchen auf fremden Gefilden und pflanzet,
Aengstlich, wenn eines entsprießt, Dornen aufs eigne Gebiet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901019015/fragment/page=0001

sellschaft verpachteten Küstenstrich gegen eine Entschädigung von 4 Mill. M. zustande gekommen ist. — Die Frage, wer diese Entschädigung zu zahlen hat, das Reich oder die Ostafrikanische Gesellschaft, hängt aufs engste mit der gesammten Neuordnung des Ostafrikanischen Schutzgebietes zusammen, über welche die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

* Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Ministerpräsidenten v. Caprivi eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt.

* Die „Börs.-Ztg" hatte gemeldet, der Kaiser habe, nachdem er von dem bekannten Vorgange im Centralgefängniß in Kottbus — Tödtung eines Mannes durch den Militärposten — Kenntniß erhalten, dem Kriegsministerium gegenüber seinem Wunsche Ausdruck gegeben, daß derlei peinliche Zwischenfälle in Zukunft vermieden würden. Der „Reichsanzeiger" ist ermächtigt, die Nachricht der „Börs.-Ztg." von einer derartigen Aeußerung Sr. Majestät als völlig grundlos zu erklären.

△ **Berlin,** 17. Okt. Nach allem, was man über die Stellungnahme der europäischen Regierungen gegenüber dem neuen nordamerikanischen Zollgesetze hört, wird von einem gemeinsamen Ergreifen von Repressivmaßregeln nicht die Rede sein, da solche schwerlich den angestrebten Erfolg haben würden. Ein Meinungsaustausch zwischen den Mächten hat allerdings stattgefunden und wird vielleicht noch fortgesetzt. Das Ergebniß desselben wird aber insofern ein negatives sein, als von jedem gemeinsamen Vorgehen Abstand genommen werden wird und es daher jeder Macht überlassen bleibt, nach eigenem Ermessen zu handeln. Es scheint aber die Ueberzeugung allgemein zu sein, daß die Vereinigten Staaten selber über kurz oder lang das Gesetz, wenn auch nicht ganz fallen zu lassen, so doch wesentlich zu mildern genöthigt sein werden. Schon jetzt werden aus dem Westen der Union Klagen über die infolge des Gesetzes sehr gestiegene Theuerung laut, und man gelangt bereits in weiten Kreisen zu der Einsicht, daß die so maßlos erhöhten Zollsätze nicht von dem Auslande, das man hat treffen wollen, sondern von dem Inlande werden getragen werden müssen, da eine nicht geringe Zahl von Artikeln europäischen Ursprungs nicht entbehrt werden kann. Dies gilt jedenfalls auch von hervorragenden bisher aus Deutschland hinüber gelangenden Waaren. Die in heimischen industriellen Kreisen anfangs verbreiteten weitgehenden Befürchtungen haben daher bereits einer ruhigeren Beurtheilung der neugeschaffenen Verhältnisse Platz gemacht und unsere Regierung wird ohne Zweifel sich von Schritten fernhalten, welche die Lage nur verschärfen könnten.

□ **Berlin,** 17. Okt. In der hellenischen Legation giebt man vor, von dem Verbot der deutschen Fahne seitens der attischen Polizeipräfektur amtlich keine Kenntniß zu haben. Da sich diese auffallende Meldung aber auch in anderen levantinischen Blättern findet, so wird man die Thatsächlichkeit wohl kaum in Zweifel ziehen können.

* Der Bundesrath faßte in der am 16. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung über Eingaben von Studirenden der Zahnheilkunde, betreffend die Ausführung des § 4, Abs. 1 der Prüfungsordnung für Zahnärzte, sowie über die Wiedererrichtung eines Neben-Zollamts 2. Klasse zu Lützel Beschluß. Der Entwurf einer Verordnung über die Konsulargerichtsbarkeit in Samoa, sowie der Entwurf von Vorschriften über die Einziehung der von den Rhedern für die Invaliditäts- und Altersversicherung der Seeleute zu entrichtenden Beiträge wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen.

* Der den Zeitungen übersandte Bericht, Herr Oberbürgermeister v. Forckenbeck habe eine amtliche Publikation erlassen, in welcher eine Uebersicht des Sachverhalts der Senger'schen Adresse gegeben ist, beruht auf einem Irrthum. Der Herr Oberbürgermeister hat einer Anzahl von Städten, welche Auskunft über diese Sache erbeten hatten, nur eine vertrauliche Mittheilung zugehen lassen.

* Nach einer Verfügung des Reichskanzlers erfolgt die Ernennung der Mitglieder des Kolonialraths zum Theil auf Vorschlag der Kolonialgesellschaften aus deren Mitte; die Sachverständigen werden nach dem Ermessen des Reichskanzlers berufen und zwar für jedes Jahr. Der Reichskanzler beruft den Kolonialrath, der sein Gutachten über alle ihm von der Kolonialabtheilung überwiesenen Angelegenheiten abzugeben hat, außerdem aber befugt ist, über selbständige Anträge seiner Mitglieder Beschluß zu fassen. Ein von dem Kolonialrath aus seiner Mitte gewählter ständiger Ausschuß von drei Personen kann auch außerhalb der Sitzungen in einzelnen Fragen befragt werden. Das Amt der Mitglieder ist ein Ehrenamt. Jedoch erhalten die auswärtigen Mitglieder eine Entschädigung für ihre baaren Auslagen nach Maßgabe einer besonderen Verfügung. Zur Bereitstellung dieser Ausgaben ist die Mitwirkung des Reichstag erforderlich.

?? **Berlin,** 17. Okt. Nachdem der russische Kriegsminister von Wannowsky sich die Kur in Vichy im vertrauten Umgang mit Herrn Freycinet und Mirbel hat trefflich bekommen lassen, empfindet Herr von Obrutschеff, der Chef des russischen Generalstabs, nunmehr ebenfalls das Bedürfniß, sich in Paris von den Strapazen der großen Manöver zu erholen. Angeblich soll ihm der Zar den Auftrag ertheilt haben, die „französische Heeres-Institution" zu studiren. So lautet wenigstens eine über St. Petersburg verbreitete Depesche an französische Blätter. Herr von Obrutscheff ist bekanntlich mit einer Französin vermählt und genießt darum an der Seine ungetheilte Sympathien. Das russisch-französische Verbrüderungsduett tritt damit in ein neues, recht beachtenswerthes Entwickelungsstadium.

□ **Berlin,** 17. Okt. Sicherem Vernehmen nach ist der Abbruch der anglo-italienischen Unterhandlungen deswegen erfolgt, weil Frankreich in London noch in letzter Stunde durch Herrn Waddington hatte erklären lassen, es werde die beabsichtigte Abtretung von Kassala nicht anerkennen, weil England überhaupt dazu gar nicht berechtigt wäre. Infolgedessen wies Lord Salisbury seine Bevollmächtigten telegraphisch an, die Negociationen sofort einzustellen, was auch geschah. Unter den obwaltenden Umständen ist eine Wiederaufnahme derselben umsoweniger wahrscheinlich, weil man in London den naheliegenden Verdacht hegt, General Menabrea habe in Paris dies Zwischenspiel heimlich angeregt. Nichtsdestoweniger wird in der hiesigen italienischen Botschaft versichert, die betreffenden Negociationen würden in Kürze wieder angeknüpft werden. Anscheinend wird an dieser Stelle dabei auf eine wohlwollende Unterstützung der deutschen Diplomatie gerechnet. Wenigstens werden damit die jüngsten Unterredungen des Grafen Launay mit dem Minister des Auswärtigen in Verbindung gebracht.

* Die Mittheilung der „Schles. Schulztg." über eine Audienz der Centrumsabgeordneten Frhrn. v. Schorlemer und v. Huene beim Unterrichtsminister in Sachen des Verbandes katholischer Lehrer ist erfunden. Die Unterredung hat, wie der „Reichsanzeiger" meldet, niemals stattgefunden.

* **Berlin,** 17. Okt. Das „Wolff'sche Bureau" meldet: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird der Reichskommissar Major v. Wissmann mit seinem Adjutanten Dr. Bumiller am 25. d. die Rückreise nach Ost-Afrika antreten.

§§ **Berlin,** 17. Okt. Aehnlich wie die „Köln. Ztg.." die „Frankf. Ztg." und andere Blätter, hat jetzt auch die „Elberfelder Zeitung" einen Theil ihrer Redaktion nach Berlin verlegt, indem der leitende Redacteur hierher übergesiedelt ist und von hier aus seine Thätigkeit üben wird.

* Donnerstag abend fand im 4. berliner Wahlkreis eine etwa 700 Personen starke sozialdemokratische Versammlung mit stürmischem Verlaufe statt. Die Opposition der „Jungen" hatte die Mehrheit und verhandelte trotz der lebhaften Proteste der etwa 100 Mann starken Minderheit über das Auftreten der berliner Delegirten in Halle und die dortige Mißhandlung der Opposition, obwohl ein Telegramm sämmtlicher berliner Delegirten, auch Werners, hat, aus Taktgefühl die Verhandlung bis zum Schlusse des Kongresses aufzuschieben. Die alten Vorwürfe wurden mit größter Heftigkeit wiederholt. Die Minderheit verließ den Saal. Die zurückbleibenden 600 beschlossen, dem hallenser Delegirten Berndt das Mandat zu entziehen und eine Volksversammlung zu berufen.

* Eine Arbeiterkolonie soll, nach Mittheilung des „Görlitzer Anzeigers", Handelsminister v. Berlepsch in Lichtenberg bei Berlin zu errichten beabsichtigen, derart, daß dort 4000 (?) Wohnhäuser für kleine Beamte und Arbeiter errichtet werden. Die Häuser sollen so gebaut werden, daß eine Anzahlung von 300 M. den Kauf ermöglicht zum Preise von 4000 Mark, welche durch Amortisation getilgt werden. Der Miethpreis incl. Amortisation würde nur 5 M. wöchentlich betragen.

* **Hamburg,** 17. Okt. Heute vormittag 10 Uhr fand eine feierliche Sitzung der Handelskammer statt, in welcher die Ueberreichung eines lebensgroßen Bildes des Kaisers Wilhelm an die Handelskammer erfolgte. Dasselbe ist ein Geschenk der deutschen Handelskammern, kaufmännischer Korporationen und wirtschaftlicher Vereine und vom Maler Gussow gemalt. Die Ueberreichung erfolgte in Anwesenheit des preußischen Gesandten Frhr. v. Thielmann, der Bürgermeister Mönckeberg und Petersen, zahlreicher städtischer Honorationen und Vertreter der Handelskammern. Geheimrath Frenzel-Berlin übergab das Bild mit einer warmen Ansprache. Präsident Hinrichsen sprach den Dank der Handelskammer aus und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser Wilhelm. Bürgermeister Mönckeberg hob in seiner Rede den engen Zusammenhang des hamburger Handels mit der städtischen Regierung hervor, wie er durch die baulche Vereinigung des Rathhauses mit der Börse ausgedrückt sei, und sprach den Dank der Stadt für diese dem hamburger Handelsstande dargebrachte Ovation aus. An die Feier schloß sich eine Sitzung des Ausschusses des deutschen Handelstages an, zu welcher 39 Vertreter angemeldet waren.

* **Sigmaringen,** 17. Okt. Die Königin von Rumänien wird ihren Aufenthalt hierselbst bis nach der auf den 21. d. M. festgesetzten Enthüllung des Denkmals für den Fürsten Karl Anton verlängern.

* **Stuttgart,** 17. Okt. Die Kommission des Abgeordnetenhauses beschloß heute mit 10 gegen 5 Stimmen die Beibehaltung der Lebensläuglichkeit der Ortsvorsteher. — Der „Staatsanzeiger für Württemberg" meldet die Pensionirung des General-Lieutenants v. Haldenwang, Commandeurs der 27. Division in Ulm. — Dem „Schwäbischen Merkur" zufolge ist General-Lieutenant v. Wölckern mit der Führung des 13. Armeecorps beauftragt worden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Im böhmischen Landtage brachten die Abgg. Herbst, Plener und Genossen die Interpellation an den Statthalter ein, ob dem Landtage Vorlagen betreffs Abgrenzung der böhmischen Gerichtssprengel im Sinne des Wiener Ausgleichs vorgelegt werden, und weshalb eine bezügliche Vorlage bis jetzt nicht eingebracht sei, obwohl der Erlaß des Justizministers vom 3. Febr. die Dringlichkeit anerkannt habe.

Bei der Verhandlung des Justizbudgets in der Budgetkommission des ungarischen Landtags erklärte der Justizminister auf eine an ihn gerichtete Interpellation, er erachte es für seine Pflicht, der in dem ungarischen Eherecht herrschenden Verworrenheit ein Ende zu machen; es sei ein Familien- und Eherecht in Ausarbeitung; betreffs des Zeitpunktes der Einbringung der Vorlage wolle er sich freie Hand bewahren.

Frankreich. Die Budgetkommission der Kammer hat gestern vormittag bei Prüfung des Ausgaben-Budgets Abstriche in der Höhe von 1,800,000 Frcs. gemacht.

Das französische Mittelmeergeschwader begiebt sich von Beirut nach Alexandria, Malta und Algier, und kehrt von da nach Toulon zurück.

Der in Calais tagende Sozialistische Kongreß hat sich ausgesprochen: für Aufhebung der Fabrikordnungen, für das Verbot der Beschäftigung von fremden Arbeitern zu niedrigeren Lohnsätzen, ferner für Einführung gleichen Lohnes für männliche und weibliche Arbeiter, für unentgeltliche Gewährung des Unterrichts durch den Staat, für staatliche Unterstützung der Arbeitsunfähigen, für Eintreten des Staates im Falle der Zahlungsunfähigkeit der Unternehmer.

Italien. Aus Rom schreibt man uns: Wie verlautet, hätte Kaiser Franz Josef die Absicht, Herrn Crispi für seine Bankettrede in Florenz das Goldene Vließ zu verleihen. Jedenfalls wird in Wien für ihn eine außergewöhnliche Auszeichnung geplant, deren Veröffentlichung man hier stündlich mit erklärlicher Spannung entgegensieht. Inzwischen fährt die Regierung mit dem Ausbau der Kriegsmarine eifrig fort. Tarent soll demnächst unter dem Kommando des Admiral Nicastro zu einer IV. Marinestation erhoben und das Arsenal demgemäß erweitert werden. Außerdem ist für die veralteten Schiffstypen Città de Genova und Esploratore die Subhastation ausgeschrieben worden.

Die „Agenzia Stefani" erklärt das Gerücht, Italien hätte Kassala besetzt, als vollkommen unbegründet.

Die „Riforma" erklärt es dem „Osservatore Romano" gegenüber für sicher, daß der Staatssekretär Kardinal Rampolla am 15. Sept. an den Nuntius in Wien eine Note gerichtet habe, deren Existenz der „Osservatore Romano" in Abrede stelle. Rampolla habe in der Annahme, daß die Tripelallianz bereits erneuert oder doch in der Erneuerung begriffen sei, sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Nuntius dies nicht gemeldet habe und habe letzteren beauftragt, der österreichischen Regierung die Ungeheuerlichkeit eines Unternehmens begreiflich zu machen, welches die Verneinung des gemeinen allgemeinen Rechtes bedeute. Der Nuntius habe bei Beantwortung der Note mitgetheilt, daß in kompetenten Wiener Kreisen jetzt von der Erneuerung der Tripelallianz nicht gesprochen werde, daß er aber, falls es ihm nicht gelingen sollte, die Erneuerung der Tripelallianz zu verhindern, nach Möglichkeit dafür Sorge tragen werde, daß dem Papste in keiner Weise präjudizirt werde. Man könne in der römischen Frage, sofern es nicht zu einem Kriege komme, auch dann auf Oesterreich nur wenig oder gar nicht rechnen, wenn die Tripelallianz wirklich aufhören würde zu bestehen.

Die Enthüllungen der „Riforma" über die Bemühungen des Vatikans, den Dreibund zu sprengen, erregen viel Aufsehen, begegnen aber auch manchem Zweifel. Die Sprache der von der „Riforma" angeführten Briefe Rampellas und Galimberti ist für die vatikanische Diplomatie durchaus ungewöhnlich. Auch hielt man es für unmöglich, daß so wichtige Briefe in den Besitz der italienischen Regierung gelangen könnten. Man glaubt, die „Riforma" sei mystifizirt worden. Einige vatikanische (?) Journalisten halten die Sache indessen für möglich. Der Redacteur der „Osservatore Romano" meinte, der Papst werde entweder von Rampolla oder von Galimberti verrathen.

Der „Osservatore Romano" veröffentlicht das Programm der italienischen Katholiken. Von den 11 Artikeln, welche dasselbe enthält, fordert der erste die Wiedereinstellung des Papstes in die seiner Würde, Autorität, Freiheit und Unabhängigkeit entsprechende Stellung, nämlich daß der Papst durch Zuweisung eines eigenen Gebietes wirkliche Souveränetätsrechte wiedererlange. Der letzte Artikel fordert, die Nation und die Regierung sollten gute Beziehungen zu allen Mächten unterhalten, um diplomatisch nicht isolirt, politisch jedoch vollkommen frei und unabhängig zu sein.

Der „Opinione" zufolge heißt es, es werde kein Ministerrath zur Erwägung der Frage betreffs Auflösung oder Wiedereinberufung der Kammer mehr stattfinden, vielmehr werde der Ministerpräsident Crispi unter eigener Verantwortlichkeit hierüber entscheiden. Das Dekret über Auflösung oder Einberufung der Kammer solle am Sonnabend oder Montag erscheinen.

Der „Osservatore Romano" veröffentlicht eine päpstliche Encyclika vom 15. Okt. d. J. an den Episkopat und den Klerus Italiens, in welcher ausgeführt wird, daß alle Akte der italienischen Regierung auf Vernichtung des Papstthums und Zerstörung des Glaubens der italienischen Katholiken gerichtet seien. Zugleich wird betont, daß es Italien ungeheuere Vortheile bringen würde, wenn es dem Papste in der Ausübung seines Einflusses und seiner Autorität Freiheit ließe; die Nation würde daraus von jedem Gesichtspunkte aus neue Kraft schöpfen.

Holland. Der Zustand des Königs der Niederlande macht die Einsetzung einer Regenschaft zu einer keinen längeren Aufschub mehr vertragenden Maßregel. Es ist amtlich konstatirt, daß der Monarch seit dem 26. September zur Erledigung von Regierungsgeschäften nicht mehr im stande gewesen ist. An die Generalstaaten tritt nunmehr die Nothwendigkeit heran, zu der Regentschaftsvorlage Stellung zu nehmen, nachdem das Ministerium den Kammern die Mittheilung hat zugehen lassen, daß der in Art. 38 der Verfassung vorgesehene Fall der Regierungsunfähigkeit des Königs eingetreten sei. Der Zusammentritt der Generalstaaten dürfte unter diesen Umständen binnen kurzem zu gewärtigen sein.

Wie der „Staats-Courant" meldet, hat seit dem 13. d. M. keine bemerkbare Veränderung in dem Befinden des Königs stattgefunden. Derselbe genießt von Zeit zu Zeit einige Stunden ruhigen Schlafes und fühlt sich etwas weniger ermattet.

Portugal. Wie verlautet, hatte die portugiesische Regierung die Cortes geschlossen, um aufreizende Reden und die Verwerfung der Konvention mit England zu vermeiden. Die Regierung werde eine Aufklärung und Einschränkung der auf den Handel mit Westafrika bezüglichen nachtheiligen Klauseln und eine Abänderung derjenigen Abmachungen herbeiführen, welche den schärfsten Widerspruch gefunden haben. Die Grenzberichtigung werde eine den beiderseitigen Interessen entsprechende sein und es sei zu hoffen, daß die Auseinandersetzungen bezüglich der Schifffahrt auf dem Zambesifluß und der Expeditionen in das Matchonaland zu einem Einvernehmen führen dürften.

Türkei. Aus Konstantinopel schreibt man uns: Munir Bey, der neue Chef des Censurbureaus, springt in arger Weise mit der türkischen Presse um. Nächst dem „Moniteur Oriental," der sich über die willkürliche Unterdrückung der Lokalpost beklagt, hat das Fatum nunmehr auch den „Levant Herald," das Leiborgan Mr. Whites, des englischen Botschafters, ereilt, weil es sich unterstanden, zehn Zeilen über die leidige Patriarchatsfrage zu bringen. Ab-dul-Hamid will die öffentliche Erörterung dieser Angelegenheit auf keinen Fall gestatten. Inzwischen hat die Polizei alle Hände voll zu thun, um die unzufriedenen Elemente der armenischen, griechischen und türkischen Bevölkerung im Schach zu halten. Auch hier fängt das rothe Gespenst an, immer mehr in den Vordergrund zu treten. Wiederholt hat das „türkische Revolutionscomite" schon Flugblätter lancirt, worin unverholen zum Angriff auf das faule System aufgefordert wird. Neben den vielen auswärtigen Scheerereien ist es gerade diese sozialpolitische Krisis, welche den Großherrn und seine Räthe in hohem Grade beunruhigt.

Wie die „Agence de Constantinople" meldet, hätte die Pforte auf die vom griechischen Patriarchate erhobenen Forderungen entgegenkommend geantwortet, und mehrere der letzteren ohne weiteres bewilligt, einige andere abgelehnt. In diplomatischen Kreisen sei man der Ansicht, die Antwort der Pforte biete eine geeignete Grundlage für einen Ausgleich, insofern auch seitens der Patriarchate der gute Wille herrsche, den Zwist beizulegen.

*

Kleinere telegraphische Mittheilungen.

* **Sofia,** 17. Okt. Die Sobranje ist auf den 27. Okt. einberufen worden. — Die Besserung in dem Befinden des Ministerpräsidenten Stambuloff hält an.

* **London,** 17. Okt. In Beantwortung einer brieflichen Anfrage erklärte Lord Salisbury, die Regierung wisse nichts näheres über die von den Zeitungen gemeldete Niedermetzelung des deutschen Ansiedlers Künzel und seiner Genossen in Witu. Eine Untersuchung sei bereits eingeleitet.

* **Newyork,** 17. Okt. Die „Pavonia"-Straßenbahnen- und Omnibus-Gesellschaften hatten gestern die bei ihnen bediensteten Personen entlassen und neue Leute angestellt. Die Kutscher rotteten sich darauf zusammen, warfen mit Steinen nach den Wagen der Gesellschaften und verletzten mehrere Fahrgäste. Es wurden infolgedessen einige Verhaftungen vorgenommen und im übrigen strenge Maßregeln behufs Herstellung der Ordnung getroffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901019015/fragment/page=0002

Halle und Umgegend.

Halle, 18. Oktober.

— Der gestern infolge eines Gehirnschlages plötzlich aus dem Leben abberufene sozialistische Delegirte, Drechsler zuletzt Brothändler Baumgarten-Hamburg, wurde bereits gestern abend zum Bahnhofe gebracht, um nach seiner Heimath überführt zu werden. Um 6 Uhr wurde der Sarg im Saale des „Hofjäger" aufgebahrt. Die Delegirten nahmen ringsum Aufstellung und nachdem die von Ferd. Lassalle gestiftete rothe Fahne der Sozialdemokratie mit der Aufschrift: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit," welche während der Dauer des Sozialistengesetzes in der Schweiz aufbewahrt und jetzt vom schweizerischen Delegirten wieder nach Deutschland zurückgebracht worden ist, über den Sarg gebreitet war, hielt Abg. Singer eine Gedächtnißrede. Der Hingeschiedene sei, nicht durch Rednergabung begünstigt, wenig an die Oeffentlichkeit getreten, dafür aber habe er für mehrere Mann für die Parteisache gearbeitet. Die Leiche wurde dann nach dem Eilgüterbahnhof gebracht. Sämmtliche Delegirte, sowie mehrere Hundert hiesiger Parteigenossen, im ganzen über 1000 Mann, folgten. Am Eilgüterbahnhof schritt die Gefolgschaft vor den Sarg, bildete Spalier und verharrte so entblößten Hauptes, bis der Sarg durch die Reihe getragen und in dem betr. Eisenbahnwagen aufgestellt war.

Der sozialdemokratische Kongreß.

XI. Halle, 18. Okt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Abg. Singer ein Schreiben, welches ihm von der Redaktion des hiesigen „General-Anzeigers" zugegangen ist. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Berathungen des sozialdemokratischen Parteitags stellten Sie im Namen des Parteitags die Behauptung des „Gen.-Anzeigers," am verflossenen Dienstag abend während des Kommerses hätten Führer der Partei mit den französischen Delegirten in einem hiesigen Hotel eine geheime Berathung gehabt, als eine verleumderische Lüge hin. Demgegenüber erkläre ich, daß ich selbst die französischen Delegirten, nachdem ich mit denselben eine halbe Stunde im Saale des „Prinz Karl" zugebracht hatte, in das bewußte Hotel geführt und dort während mehrerer Stunden in der Gesellschaft des Abg. Liebknecht und andrer Parteimänner verweilt habe. Dieses Zusammensein fand in einem reservirten Zimmer der ersten Etage des erwähnten Hotels statt. Ihre Persönlichkeit habe ich dortselbst nicht bemerkt. Angesichts des Charakters der geführten Unterhaltung, angesichts der Fragen, die die französischen Herren an die Abgeordneten richteten, war ich vollauf berechtigt, diese Zusammenkunft, fern von der Kommersseier, in den wenigen Worten, die ich ihr gewidmet habe, mit dem im übrigen unverfänglichen Ausdruck „geheime Berathung" zu bezeichnen. Die böswillige Absicht, die Sie mir als Ergebniß Ihrer mißverständlichen Auffassung unterschieben, hat mir absolut fern gelegen. Deshalb erhebe ich energisch Einspruch gegen Ihre Anschuldigung und verlange von Ihrem Ehrlichkeitsgefühl, daß Sie gegenwärtige Erklärung an gleicher Stelle zur Richtigstellung bekannt geben. Baumann.

Abg. Singer: Gegenüber dieser Erklärung verlese ich noch einmal die Notiz des „Gen.-Anzeigers": „Ein Genosse nahte sich ihnen — nämlich den französischen Gästen — und lud sie im Namen des Abg. Liebknecht ein, zu ihm ins Centralhotel zu kommen; hier saßen die meisten Führer, tranken Bier und pflegten geheime Berathung." (Lachen.)

Ich habe der Erklärung des Hrn. Baumann nichts hinzuzufügen. Indem ich diese Notiz noch einmal der Erklärung gegenüberstelle, überlasse ich es nicht nur den Mitgliedern des Parteitags, sondern auch dem Publikum außerhalb des Saales zu beurtheilen, ob ich recht hatte, nach dieser Erklärung des „Gen.-Anzeigers" die Behauptung als verleumderische Lüge hinzustellen, was ich hiermit wiederhole. (Beifall.)

Die 25er Kommission zur Vorbereitung des Organisationsentwurfs hat ihre Arbeiten beendigt und namens derselben berichtet Abg. Auer: Angesichts der Einmüthigkeit, mit welcher die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hat, bin ich in der glücklichen Lage, mich in meiner Berichterstattung kurz fassen zu können.

Was zunächst den Namen unserer Partei betrifft, so haben wir denselben umgeändert in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (statt Sozialdemokratische Arbeiter-Partei). Aus § 1, welcher folgende Fassung erhalten hat:

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

geht hervor, daß sowohl Männer wie Frauen der Partei angehören können. Die Bestimmung „dauernder materieller" Unterstützung haben wir gestrichen. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen das Programm oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat. Diese letztere Bestimmung haben wir beibehalten zu müssen geglaubt; von einem Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Moral kann in diesem Falle keine Rede sein. Auch die Bestimmungen über Vertrauensmänner haben wir im wesentlichen beibehalten und der § 3 lautet danach:

Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

Mit Rücksicht auf die verschiedenartige Vereinsgesetzgebung in Deutschland haben wir ferner einen neuen § 6 eingefügt:

In einzelnen Staaten, in welchen aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Auch die Bestimmungen über den Parteitag sind im wesentlichen dieselben geblieben; alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist. Was die Theilnahme an dem Parteitage betrifft, so haben wir uns dahin geeinigt, daß zur Theilnahme berechtigt sind die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen „mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf." Es bleibt also dem Taktgefühl der Parteigenossen überlassen, ob sie glauben, späteren Parteitagen es zumuthen zu dürfen, daß sie aus ihrem Kreise mehr als 3 Delegirte im Maximum schicken wollen. Ferner heißt es hier:

Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.

Die Bestimmung, daß ein außerordentlicher Parteitag u. a. durch Unterschriften von mindestens 10,000 Genossen einberufen werden kann, haben wir gestrichen. Einmal wird wohl der Fall, daß ein Parteitag durch die Genossen erzwungen werden müsse, äußerst selten oder niemals eintreten; dann aber würde durch diese Bestimmung eine Klippe vereinsgesetzlicher Art geschaffen werden insofern als die Staatsanwaltschaft die Unterzeichner als Mitglied eines Vereins oder einer Verbindung ansehen könnte.

Ich komme nunmehr zur „Parteileitung" — im früheren Entwurfe hieß es „Parteivorstand" — und das ist der springende Punkt. Da will ich gleich im voraus bemerken, daß gleich von Anfang an von allen Seiten in der Kommission die Erklärung abgegeben wurde: Wir wollen uns nicht an das klammern, was vorher ausgesprochen wurde, wir wollen uns bei allen unsern Anträgen und Vorschlägen nur von dem Bestreben leiten lassen, das Beste der Partei zu fördern. So war von vornherein die Möglichkeit einer Verständigung gegeben und es konnte sich nur um die Frage handeln: wie und auf welche Weise können wir es ermöglichen, den Zweck, den wir verfolgen, zu erreichen, ohne uns der Gefahr auszusetzen, daß unsre Organisation an den Klippen der Vereinsgesetzgebung scheitert? Nachdem wir uns darüber klar geworden waren, haben wir uns dahin geeinigt, den Vorschlag der Hamburger Genossen (Antrag Theiß), der ja eigentlich nichts weiter ist als eine gewisse Nachahmung der Organisation, wie sie die freisinnige Partei gleichfalls aus vereinsgesetzlichen Gründen sich gegeben hat, anzunehmen und wir schlagen Ihnen demnach folgenden § 13 vor:

Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Controlleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel. Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Die Grundlage bildet also der Antrag des Gen. Theiß-Hamburg mit Anschluß an den Berliner Antrag. Die Einschränkung des Berliner Antrags, daß Fraktionsmitglieder in der Parteileitung nicht sitzen sollten, haben wir gestrichen — schon deshalb, weil sich unter den gewählten Abgeordneten doch im allgemeinen die tüchtigsten Kräfte befinden. Es handelt sich bei der Besetzung des Parteivorstandes nicht darum, ob einer Abgeordneter ist, sondern darum, ob er fähig und geeignet ist, das Amt auszufüllen. Nach dem Vorschlage besteht die Parteileitung aus 12 Personen, und die Wahl für die einzelnen Geschäfte erfolgt direkt durch den Parteitag mittels Stimmzettel. Diese Parteileitung würde also der Mittelpunkt für die geschäftliche Leitung sein, für die politische Leitung wird natürlich nach wie vor die Fraktion und die Presse einen maßgebenden Einfluß ausüben. Bei der Zusammensetzung des Parteivorstandes haben wir es ferner einstimmig für unnöthig gehalten, eine besondere Kontrollkommission einzusetzen. Das Eine will ich noch bemerken: nach der einstimmigen Ansicht der Kommission ist die vorgeschlagene Organisation die einzige, die mit den Vereinsgesetzen nicht kollidirt. „Ueber die vorhandenen Gelder verfügt die Parteileitung nach eigenem Ermessen." Das klingt sehr selbstherrlich, ist es aber nicht. Es ist nur eine Bestimmung, die den Vorstand gegen die Polizei deckt, wenn man uns etwa die Geldsummen beschlagnahmen will; die Parteileitung kann also jederzeit über das Geld verfügen — sie kann es event. nach dem Auslande schaffen, sie kann im schlimmsten Falle sagen: Ja wohl, das Geld ist da, es liegt in der Bank von England — wenn Ihr es wollt, holt es Euch! Selbstverständlich werden wir stets offen und vor aller Welt abrechnen; mit der obigen Bestimmung wollen wir nur erreichen, daß niemand an das Geld herankommt, für den es nicht gesammelt ist. (Heiterkeit.)

Der § 14 hat folgende Fassung erhalten:

Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

Wir werden Ihnen indeß eine Resolution vorlegen, daß für das jetzige Geschäftsjahr die Höhe des Gehalts von der Fraktion festgesetzt wird, weil sich der Umfang der Geschäfte jetzt noch gar nicht übersehen oder berechnen läßt.

Betr. Parteiorgan haben wir die Bestimmungen des ursprünglichen Entwurfs beibehalten; nachdem wir in der Kommission noch einmal alles für und wider gründlich erwogen, sind wir zu dem Resultate gekommen, daß es vorläufig noch nicht möglich ist, hier eine Aenderung vorzunehmen. Zum offiziellen Parteiorgan wird also das „Berliner Volksblatt" gewählt.

Nachdem wir so einen ganzen Tag fleißig gearbeitet, nachdem alle Gesichtspunkte noch einmal ganz gründlich erörtert und wir fertig waren, kann ich Ihnen das für uns und gewiß auch für Sie erfreuliche Resultat mittheilen, daß es da keine Sieger gab und keine Besiegten, sondern daß wir Alle uns offen und ehrlich das Geständniß ablegen konnten, daß wir Alle nur nach bestem Wissen und Wollen und Können das Parteiinteresse gewahrt und daß wir in dem Sinne unsre Beschlüsse gefaßt haben, und daß sie so ausgefallen sind, daß wir alle 25 einstimmig nicht nur den Entwurf annahmen, sondern uns verpflichteten, auch einstimmig im Plenum für denselben einzutreten. Wir empfehlen Ihnen daher den Entwurf en bloc anzunehmen.

Unter großem Beifall wird der Organisationsentwurf mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Hierauf verliest und begründet Abg. Bebel folgende Resolution:

„In Erwägung, daß im § 14 des Organisations-Entwurfs bestimmt ist, daß die Gehälter für die Parteileitung durch den Parteitag festgesetzt werden sollen, in Erwägung, daß noch nicht zu übersehen ist, wie groß die Arbeit der Parteileitung sein wird, also sich die Höhe der nothwendigen Gehälter nicht genau festsetzen läßt, beschließt der Parteitag:

Daß die Parteileitung ermächtigt ist, das Gehalt bis zum nächsten Parteitag selbst festzusetzen mit der Einschränkung, daß das Gehalt der einzelnen Mitglieder, soweit sie überhaupt ein Gehalt empfangen, den Betrag von 250 M. pro Monat nicht übersteigen darf."

Auch diese Resolution wird einstimmig angenommen.

Abg. Singer: Es handelt sich nunmehr darum, den Ort zu bestimmen, wo die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat. Es liegen dazu 2 Anträge vor, ein Antrag von Elbing-Marienburger Genossen, denselben nach Danzig (Heiterkeit) und ein zweiter Antrag denselben nach Berlin zu verlegen. Unter großer Heiterkeit wird der Antrag, Danzig zu wählen, einstimmig abgelehnt, und Berlin als Sitz der Parteileitung bestimmt.

Zum nächsten Punkte der Tagesordnung: „Wahl der Parteileitung" hat die 25er Kommission 12 Genossen vorgeschlagen, deren Wahl im Namen der Kommission von Kühn-Langenbielau befürwortet wird. Ueber diese von der Kommission vorgelegte Kandidatenliste entspinnt sich eine ausgedehnte und zum Theil sehr lebhafte Diskussion. Das Wort ergreift zunächst

Gen. Jöst (Stuttgart): Genossen! Es ist absolut unmöglich, die von der Kommission vorgeschlagene Liste anzunehmen. Der Süden ist darin gar nicht vertreten, und ich appellire an Ihr Gerechtigkeitsgefühl, wenn Sie noch ein solches haben (Unruhe), auch den Süden zu berücksichtigen. Ich schlage die Gen. Grillenberger, Geck und Müller-Darmstadt vor.

Gen. Prinz: Die Süddeutschen müssen unbedingt auch berücksichtigt werden; sie sind eben so tüchtig, sie besitzen dieselben Eigenschaften wie die Norddeutschen — mit Ausnahme einiger Berliner! Der frühere Vorstand war auch über ganz Deutschland verzweigt — das kann also nicht dagegen sprechen — und von Nürnberg und Darmstadt kann man auch in einem Tage nach Berlin kommen. Ich bitte Sie daher, nehmen Sie den Antrag Jöst an!

Abg. Meister (Hannover): Auch ich bin mit den Vorschlägen nicht einverstanden, wenn ich auch nicht speziell für Hannover ein Vorstandsmitglied reklamiren möchte. Aber mir scheint es, die Kommission ist in einem sehr kleinen Zimmer versammelt gewesen, weil ihr Gesichtskreis ein so sehr kleiner gewesen ist (Heiterkeit), für die Kommission scheinen nur Berlin und ein paar umliegende Orte existirt zu haben. Ich meine, daß zum mindestens die Controlleure mehr über ganz Deutschland verbreitet sein müßten.

Nachdem noch Gen. Lütgens-Hamburg und Abg. Vollmer erklärt haben, die Kommission habe bei Aufstellung der Liste keinerlei Hintergedanken gehabt — sie habe sich lediglich von Zweckmäßigkeitsrücksichten leiten lassen und dem Parteitage stehe es ja vollkommen frei, andere Personen zu wählen, wird die Debatte geschlossen. Das Resultat der Wahl wird in der Sonnabend-Sitzung bekannt gegeben werden.

Hierauf beschließt der Parteitag, die Bestimmung des nächsten Kongreßortes dem Parteivorstande zu überlassen.

Es folgt als letzter Punkt der Tagesordnung: Berathung und Beschlußfassung über die aus der Mitte des Parteitages gestellten Anträge und Resolutionen.

Die in großer Zahl eingelaufenen Anträge — in den letzten zwei Tagen sind allein einige zwanzig Anträge eingereicht — sind vom Bureau in bestimmten Rubriken zusammengefaßt und liegen im Druck vor.

1. Antrag Greiner und Genossen betr. Gesinde-Ordnung:

a. Folgende Thatsachen setzen wir als bekannt voraus:

Die Arbeiter, Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Kinder, welche in der Landwirthschaft, Forstwirthschaft, Gärtnerei, beim Fuhrwesen, Binnenschifffahrt, Fischerei und zu persönlichen Dienstleistungen beschäftigt werden, stehen nicht unter der Reichsgewerbeordnung, sondern untern den Gesindeordnungen der Einzelstaaten.

Diese Gesindeordnungen sind ausnahmslos auf den Grundsatz errichtet, daß Arbeiter Staatsbürger zweiter Klasse sind. So enthält die sächsische Gesindeordnung in ihren Motiven den Satz: „Dienstloses Gesinde bildet jedenfalls eine der besonderen polizeilichen Aufsicht bedürfende Menschenklasse." Diese polizeiliche Aufsicht schreibt besagte Gesindeordnung auch vor.

Die preußische Gesindeordnung vom Jahre 1810, die sächsische und die meisten anderen gestatten der Herrschaft und deren Stellvertreter das Gesinde, also alle oben genannten Arbeiter, Arbeiterinnen u. s. w. körperlich zu züchtigen. Widerstand gegen derartige körperliche Züchtigung wird beim Arbeiterstand eventuell mit Gefängniß bestraft. Ebenso Ungehorsam gegen die Herrschaft u. s. w.

Wir beantragen daher:

Der Parteitag wolle beschließen:

Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, insbesondere der Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß obengenannter Theil des Arbeiterstandes der deutschen Gewerbeordnung unterstellt und die Gesindeordnungen der Einzelstaaten aufgehoben werden.

Greiner-Aschersleben befürwortet den Antrag insbesondere mit Rücksicht auf die ländliche Bevölkerung, welche durch Beseitigung der Gesinde-Ordnung am sichersten für die Partei gewonnen werden könne. Der Antrag wird noch von mehreren Rednern unterstützt, doch bleiben die Ausführungen derselben in Folge der im Saale herrschenden Unruhe — es wird unterdessen das Wahlgeschäft vorgenommen — vollkommen unverständlich. Schließlich wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

2. Antrag Keßler:

In Erwägung, daß unter den Genossen vielfach die Ansicht vorherrscht, es seien manche der früheren Genossen im „Sozialdemokrat" ganz ungerechtfertigterweise in den Verdacht gebracht worden, der Polizei Dienste zu leisten, beschließt der Parteitag eine aus 7 Genossen (Delegirten) bestehende Kommission zu wählen, welche die Parteileitung das gegen die betreffende Person vorliegende Material zur Prüfung zu übergeben und die dann nach erfolgter Kenntnißnahme dem Parteitag kurz Bericht zu erstatten hätte.

Abg. Singer: Ich will zunächst bemerken, daß das Bureau mich beauftragt hat, über diesen Antrag zu referiren — und namens des Bureaus, dessen Beschluß einstimmig gefaßt ist, beantrage ich hiermit den Antrag Keßler abzulehnen.

Ich glaube, in der ganzen Partei existirt nicht ein Mitglied, daß es nicht auf das lebhafteste bedauern würde, wenn in dieser Beziehung irgend jemand Unrecht geschehen sein sollte. Ich meine, es muß das ausgesprochen werden, ausgesprochen werden namentlich gegenüber den Verdächtigungen, die gegen einzelne frühere Parteigenossen ausgesprochen worden sind, als ob es sich darum handelte, aus Gründen persönlicher Rache, aus Gründen persönlicher Natur zu Mitteln zu greifen, die allerdings geeignet sind, die politische Ehre eines Mannes schwer zu schädigen. Ich weise namens der ganzen Partei, insbesondere aber auch namens der bisherigen Parteileitung und namens der Fraktion diese Verdächtigungen auf das entschiedenste zurück. Niemand in der Partei kann und darf solcher Dinge beschuldigt werden, denn wäre es wahr und könnte es bewiesen werden, daß jemand aus Gründen persönlicher Natur mit der Ehre eines Parteigenossen so umgeht, so würde in der ganzen Partei niemand sein, der ein solches Verfahren nicht als ein ehrloses und verwerfliches erklären würde.

Wie steht nun aber die Sache mit dem Antrage? Der Antrag weist dem Parteitage eine Aufgabe zu, die zu erfüllen er nicht im stande ist. Der Antrag verlangt vom Parteitage, er solle Mittel und Wege finden, um Aufklärung zu schaffen über Dinge, die aufzuklären er nicht die Macht in der Hand hat. Der Antrag muthet dem Parteitage zu, zu wissen, wer die „eiserne Maske" ist. Ich frage, ob in dieser großen Versammlung ein Mensch existirt, der in der Lage ist, diese Auskunft zu geben? Und nun, m. H., was soll mit diesem Antrage geschehen? Soll er an unsere persönlichen Freunde in Zürich und London, von denen diese Dinge gekommen sind, geschickt, soll er dazu benutzt werden, um die Parteileitung zu veranlassen, diese Anfrage zu stellen? Und wie denn, wenn die Freunde sagen: nein, bei aller Freundschaft zu euch, bei allem Bedauern, wenn falsche genannt sein sollten — wir sind nicht in der Lage, das Material zu geben, wir sind nicht gewillt, die zu nennen, von denen wir die Dinge haben? Wie dann? Dann steht die Unterleitung der Sozialdemokratie vor der Unmöglichkeit, den Antrag durchzuführen!

Aber nicht allein dieses formelle Bedenken ist es, das mich veranlaßt, den Antrag zu bekämpfen. Wohl kann ich und muß ich es mit den Antragstellern auf das lebhafteste bedauern, wenn in der That falsche Anschuldigungen vorgekommen sind. Aber, meine Herrn, das muß ich sagen: weit über dem Interesse des Einzelnen, sei es selbst des unrecht Beschuldigten, steht das Gesammt-Interesse der Partei, und die Partei, meine ich, hat keine Interesse an der Beantwortung der Frage, an der Aufklärung dieser Dinge. M. H., eine Partei, die denn unter dem Namen „eiserne Maske" schwebenden Phantom derartige Aufklärungen verdankt wie die, auf Grund deren es möglich gewesen ist, gestützt auf amtliche Zeugnisse, Enthüllungen zu machen, deren Wahrheit allerdings bestritten, in Wahrheit aber zweifellos festgestellt ist, eine solche Partei hat nicht den geringsten Grund, ein Mißtrauen gegen das zu hegen, was nach der andern Seite hin ausgesprochen worden ist. Und nun noch eins: Immer zugegeben, daß für den Fall, daß jemand Unrecht geschehen ist, es durchaus bedauernswerth ist; glaube ich doch, daß der sozialdemokratische Parteitag kein Interesse hat, eine Frage sich beantworten lassen, an deren Beantwortung das eigentliche Interesse die Partei hat. (Sehr richtig!) M. H., wenn Sie sich die Stellung der Partei vergegenwärtigen, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß wir eine formelle Macht, die Aufklärung zu erzwingen, nicht in den Händen haben, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß sehr viele von den Mittheilungen, die vom „Sozialdemokrat" gekommen sind, wahr sind, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß unter der zwingenden Wucht des Sozialistengesetzes, welches die Korruption in so weit herbeigeführt hat, daß das Spitzelthum dadurch gezüchtet worden ist, wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß unter der zwingenden Wucht solche Verhältnisse sich herausbilden mußten, wenn Sie sich schließlich die Stellung vergegenwärtigen die die Partei von nun an einzunehmen hat, dann werden Sie mit mir zu der Ansicht kommen, daß bei aller Sympathie für die etwa fälschlich Angeschuldigten das Interesse der Partei es gebieterisch verlangt, mit diesen Dingen Schluß zu machen, sie nicht weiter zu verhandeln. Ich hatte mir vorgenommen, diese Frage durchaus in den Grenzen der sachlichen Beurtheilung zu halten, und es sollte mich freuen, wenn der Parteitag, diesem Vorgehen folgend, die Frage mit dem Ernste diskutirte, den sie verdient, wenn er sich insbesondere frei hält von der Auffassung, ob gegenüber den wirklich verletzten Interessen einzelner Personen nicht das höhere Interesse der Partei in Frage kommen sollte. Daher beantrage ich namens des Bureaus: Der Parteitag wolle den Antrag Keßler ablehnen.

Der Antrag Singer wird hierauf angenommen.

3. Antrag Vollmar und Gen.:

Der Parteitag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen aufzufordern, um die durch das verurtheilte Ausnahmegesetz angerichteten Schäden einigermaßen gut zu machen, das aufgrund der willkürlichen Bestimmungen dieses Gesetzes weg-

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901019015/fragment/page=0003

Kleiderstoffe

für Haus, Promenade, Gesellschaft und Reise.

Schwarze, weisse und farbige Seidenstoffe.

Specialität: schwarze reinwollene Cachemires und Fantasiestoffe.

Damen-Mäntel.

Jackets. Visites, Mädchen-Mäntel und -Jackets

hundertfache Auswahl vom einfachsten bis hochfeinsten Genre, nur neue geschmackvolle Façons

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Gardinen, Congressstoffe, Teppiche, Läuferzeuge.

Weisse Leinen in allen Breiten und Qualitäten.

Reinleinene Tischgedecke, Bettzüchen, Inlets, Drell, Handtücher, einzelne Tischtücher und Servietten.

350 Dtzd. Gelegenheitskauf! einzelne reinleinene **Taschentücher.**

Elsasser bedruckte Baumwollenstoffe, Warps, Barchend, Flanell, Boy, Plüsch, Krimmer, Reisedecken, Pferdedecken, Bett-, Tisch-, Kommoden- u. Nähtischdecken, Regenschirme, Corsets, fertige Unterröcke, Schürzen, Tricottaillen, Tricotkleidchen, Knaben-Anzüge, wollene Hauben, Schulterkragen, Jagdwesten, Barchendhemden.

Neu! Neu! Zebra-Normal-Unterkleider für Damen, Herren und Kinder.

Verkauf zu sehr billigen, streng reell festen Preisen.

Jedes am Lager befindliche Stück ist mit deutlicher Preisangabe versehen.

Brummer & Benjamin,

23 Gr. Ulrichstrasse 23, Parterre u. I. Etage.

Geschäfts-Verlegung.

Vom 15. Oktober d. Js. ab verlegten wir unser Bureau, Lager und Werkstatt von Magdeburgerstraße 46/47 nach unserem Neubau

Delitzscherstraße, neben der Dachpappenfabrik von Büsscher & Hoffmann.

Reuter & Straube,

Specialitäten: Eisenconstructionen und Wasserleitungsanlagen.

Reuter & Straube,

Halle a/S.

Specialitäten: Eisenconstructionen und Wasserleitungsanlagen.

Reichhaltiges Lager von eisernen Baumaterialien als: I-Trägern, Schienen und Säulen.

Eisenconstructionen aller Art.

Schmiedeeiserne Fenster und Treppen.

Complette Stalleinrichtungen.

Ausführung von Pumpenanlagen.

Lieferung sämmtlicher Theile zu Canalisationszwecken und zwar: Canaldeckel, Stabroste, Sandfangkasten u. s. w.

Prospecte mit Referenzenliste, sowie statische Berechnungen und Kostenanschläge auf Wunsch.

Schlaf-, Reise-, Pferdedecken, Lamas

empfiehlt zu äußerst billigsten Preisen

M. Wehr, Leipzigerstraße 79.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Um mein zu starkes Lager aller Sorten

Uhren, Gold- und Silberwaaren

zu reduziren, habe ich einen

Ausverkauf

errichtet und empfehle diese Waaren zu Selbstkostenpreisen. Reparaturen an Uhren, Gold- und Silberwaaren werden billigst berechnet.

Wettin a/S., Markt 20. R. Wohlers, Uhrmacher.

Rennthierfelle verleiht vom 1. Oktober an mit 2,50 Mark pro Stück

Christian Voigt, Halle a/S., Schmeerstraße 33/34.

Otto Knoll's

Herren-Garderobe-Geschäft

Leipzigerstraße 87/88, im „Hackerbräu"

empfiehlt zu Beginn der Herbst- und Wintersaison sein reich sortirtes Lager in

fertigen Kleidungsstücken

in noch nie dagewesener schöner Ausführung zu billigen Preisen.

Bestellungen nach Maaß werden unter Leitung eines sehr tüchtigen Zuschneiders prompt und billig ausgeführt.

Das Stofflager ist auf das Reichhaltigste sortirt.

Mein Bureau befindet sich jetzt

Neunhäuser Nr. 3/4, I. Etage,

im Hause der Firma F. G. Demuth.

Curt Riemer, Rechtsanwalt.

Atelier im Garten. Photograph **Paul Gerber** Alter Markt 1.

empfiehlt seine Herstellung nur scharfer Gruppen, sowie Einzelaufnahmen vom kleinsten bis grössten Portrait. Verkleinerungen und Vergrösserungen nach Bildern, Stadtansichten etc. etc.

Sämmtliche Artikel

für Tapezierer, Decorateure und Polsterer

sowie

Spiegel, rohe Bettstellen ꝛc.

ab Fabrik durch **Rich. Werner, Friedrichstr. 58.**

Kein schales Bier giebt es mehr,

wenn es mit den **Bierdruckapparaten,** wie solche **H. Trapp & Co.** in **Leipzig, Petersstraße 33,** liefern, verzapft wird.

Das Bier behält die **gleiche Güte,** das gleiche Mousseux vom **ersten bis zum letzten Glas,** gleichviel ob das Faß **8 Tage** oder **4 Wochen lang läuft.**

4000 Apparate bereits in Anwendung. Luftdruckapparate lassen sich umändern. Prospecte gratis und franco.

Fertige Betten,

mit guten böhmischen Federn reichlich gefüllt,

Oberbett, Unterbett, mit 2 Kissen, 21, 24, 30, 35, 50 bis 100 ℳ

Bettfedern

in nur staubfreier Waare, à Pfd. 0,85, 1,25, 1,50, 2, 2,50, 3, 3,50 ℳ

Fertige Bett-Inletts, Fertige Bett-Bezüge u. Betttücher

empfiehlt

Adolf Sternfeld,

Gr. Ulrichstr. 3,

Leinen- u. Baumwoll-Waarenhandl.

Magazin für compl. Wäsche-Ausstattungen.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten zeigen wir tiefbetrübt an, daß heute Morgen ½2 Uhr unser guter lieber Sohn **Hermann** nach dreiwöchentlichem Krankenlager im Alter von 8 Jahren verschieden ist.

Roitzsch, 17. Oktober 1890.

R. Krahnefeld und Familie.

Die Beerdigung findet Montag Nachmittag 3 Uhr statt.

Danksagung.

Dank, innigen Dank allen lieben Freunden, Verwandten und Bekannten, welche ihrer Theilnahme bei dem uns betroffenen schweren Verlust durch überreiche Spendung von Blumen und ehrenvolle Begleitung zur letzten Ruhestätte der Geschiedenen so wohlthuenden Ausdruck geben! Insbesondere Dankuniserem ehrwürdigen bisherigen Herrn Pastor Tauer, welcher trotz hohen Alters durch erhebende Worte am Grabe der Verstorbenen uns Trost und Beruhigung zu spenden suchte. Dank auch dem Herrn Lehrer Börnecke und der lieben Schuljugend für feierlichen Gesang.

Dalena, den 15. Oktober 1890.

F. W. Kniestedt und Sohn.

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18901019015/fragment/page=0004